

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

Weniger Maturanden, mehr Studienanfänger

Zürich (AP) Mehr als 30 000 Studierende sind in diesem Wintersemester an den beiden Hochschulen in Zürich immatrikuliert. Der Uni-Pressedienst meldete für die Universität Zürich mit 19 337 Studierenden einen Rekordbestand. An der Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich (ETHZ) waren 10 704 Studierende eingeschrieben, wie der ETHZ-Pressedienst auf Anfrage mitteilte.

An der Uni Zürich wurde innert Jahresfrist ein Zuwachs von 684 Studierenden verzeichnet. Erstmals seit Jahren habe die Zahl der Studienanfänger wieder markant zugenommen, und zwar um fünf Prozent auf insgesamt 2 177. Dies sei erstaunlich, da gleichzeitig die Zahl der Maturanden gesunken sei, schreibt der Uni-Pressedienst.

Bei den einzelnen Fakultäten stieg die Zahl der Studierenden der Wirtschaftswissenschaften mit einem Plus von 17 Prozent auf 2 317 am stärksten. Die Philosophische Fakultät I (Geistes- und Sozialwissenschaften) verzeichnete ein Wachstum von fünf Prozent und weist einen Gesamtbestand von 8 068 Studierenden auf. Ungefähr auf dem Vorjahresniveau blieben die Studentenzahlen der Juristen (3 151), der Mediziner (2 959) und der Naturwissenschaftler (2 105). Die Zahl der Theologiestudenten vergrösserte sich um vier Prozent auf 372, während jene der Tiermediziner um sieben Prozent auf 365 zurückging.

Der Anteil der Studentinnen stieg an der Uni Zürich um 454 auf 7 866, was laut Uni-Pressedienst einem Anteil von 41 Prozent der gesamten Studentenschaft entspricht. An der ETHZ sind 1 825 Frauen immatrikuliert; dies entspricht einem Anteil von 17 Prozent. Der Ausländeranteil der Uni Zürich ging auf rund zehn Prozent oder 1 942 zurück; an der ETHZ liegt der entsprechende Wert bei knapp 13 Prozent oder 1 367 Studierenden.

Stärkung des Parlaments ist dringend notwendig

Beginn der FBP-Ortsgruppenversammlungen vor der Volksabstimmung in Planken

Obwohl die Vorlagen über die Landtagsserhöhung und die Einführung des Obligatoriums für die betriebliche Vorsorge aus zahlreichen Veröffentlichungen hinlänglich bekannt sind, führt die FBP in ihren Ortsgruppen in den nächsten zwei Wochen Informationsversammlungen durch. Den Auftakt machte am Montagabend die FBP-Ortsgruppe Planken.

Der FBP-Obmann der Ortsgruppe Planken, Toni Nägele, liess einleitend den FBP-Fraktionssprecher Josef Biedermann sowie FBP-Präsident Emanuel Vogt über die beiden Vorlagen referieren und anschliessend Vorsteher Eugen Beck zu aktuellen Fragen der Gemeindepolitik Stellung beziehen, um dann zu einer angeregten Diskussion überzuleiten. Die Ortsgruppe nominierte auch Jakob Nutt und Eugen Nägele als Kandidaten für das Amt als Rechnungsrevisoren, die gleichzeitig mit dem Urnengang am 22./24. Januar gewählt werden. Die FBP-Ortsgruppe erachtete es als richtig, dass nur zwei FBP-Kandidaten nominiert werden, damit die VU ebenfalls die Möglichkeit erhalte, einen Kandidaten in dieses Kontrollorgan zu stellen.

Erhöhung der Landtagszahl

Nach den Erläuterungen von FBP-Fraktionssprecher Josef Biedermann zeigte sich die Versammlung überzeugt, dass der Landtag verstärkt werden müsse. Die Erhöhung auf 25 Mandate wurde als realisierbar bezeichnet, während die Beibehaltung der stellvertretenden Abgeordneten nicht auf grosse Begeisterung stiess. Josef Biedermann erklärte dazu, dass sowohl Mandatszahl als auch Stellvertreterregelung das Ergebnis von zwischenparteilichen Verhandlungen seien, wobei beide Neuregelungen als ein Kompromiss betrachtet werden müsse. Die FBP sei bei diesen Verhandlungen mit ihren Vorstellungen nicht ganz durchgedrungen, doch stelle die Vorlage eine Ba-



Auftakt zu den FBP-Ortsgruppenversammlungen in Planken: FBP-Fraktionssprecher Josef Biedermann (stehend) erläuterte die Vorlage zur Erhöhung der Mandatszahl, während Parteipräsident Emanuel Vogt über die 2. Säule sprach. Weiter auf dem Bild FBP-Obmann Toni Nägele und Vorsteher Eugen Beck. (Bild: Beat Schurte)

sis dar, auf der künftige Regelungen aufgebaut werden könnten.

Mängel bei der betrieblichen Vorsorge

Die Einführung des Obligatoriums bei der betrieblichen Vorsorge wurde von der Versammlung als richtiger Schritt erachtet, doch gleichzeitig musste FBP-Präsident Emanuel Vogt auf verschiedene Mängel hinweisen. Trotz grossem Einsatz sei es den FBP-Mitgliedern in der Landtagskommission nicht möglich gewesen, ihre Forderungen vollumfänglich durchzusetzen. Vor allem die sozial Schwächeren, die weniger als 18 000 Franken im Jahr verdienen, seien zu wenig geschützt, mit dem Obligatorium gar nicht erfasst. Die FBP stimme der Vorlage zu, meinte FBP-Präsident Vogt, doch nur un-

ter dem Vorbehalt, dass die offenkundigen Probleme so schnell wie möglich gelöst würden.

Neues aus der Gemeinde

Zum Abschluss der Versammlung gab Vorsteher Eugen Beck einen kurzen Überblick über die geplanten Tätigkeiten im neuen Jahr. Der Ausbau der Dorfstrasse soll weitergeführt, die Sanierung des Drei-Schwestern-Hauses in Angriff genommen und die Neugestaltung des Dorfplatzes an die Hand genommen werden. Noch im Januar soll das von der FBP initiierte Notrufsystem für Ältere und Behinderte installiert und ein weiterer Versuch der Grundnahrungsmittelversorgung durch einen «fahrenden Händler» unternommen werden. (G.M.)

Über 20 Rappen mehr für Milch

Bern/Brugg (AP) Die Milch wird aller Voraussicht nach zum zweiten Mal innerhalb von rund einhalb Jahren teurer. Neben der Forderung der Bauern nach einem sechs Rappen höheren Milchpreis haben die nachgelagerten Verarbeitungs- und Handelsbetriebe ein Preisbestimmungsrecht in der Höhe von 16 Rappen gestellt, wie der Chef der Eidgenössischen Preiskontrollstelle (EPK), Hans-Dieter Weyer, zu einem Bericht der «Berne Zeitung» bestätigte. Der Bundesrat wird noch in diesem Monat über das Forderungspaket der Landwirtschaft entscheiden.

Zudem soll noch vor der Märzsession dem Parlament die Botschaft zur Kleinbauern-Initiative vorgelegt werden, die ohne Gegenvorschlag zur Verwerfung empfohlen wird. Und schliesslich hat der Bundesrat im Zusammenhang mit den Tierhalterbeiträgen demnächst über eine weitere Ausdehnung der Direktzahlungen zu entscheiden.

Letztlmals hatte der Bundesrat auf den 1. Juli 1986 im Rahmen der Agrarpreisbeschlüsse eine Milchpreiserhöhung um zehn Rappen zugestanden, obwohl die Bauern und der Handel zusammen eine Erhöhung um 24 Rappen gefordert hatten. Inzwischen hat der Schweizerische Bauernverband (SBV) beschlossen, den Termin für die Preisbegleichen mit denen der Wirtschaft abzustimmen und künftig jeweils im Herbst mit Wirksamkeit auf Anfang Jahr zu stellen.

Für dieses Jahr liegen nun Milchpreisforderungen von insgesamt 22 Rappen auf dem Tisch. Die Bauern verlangen eine Erhöhung des Milchgrundpreises um sechs Rappen pro Liter.

TV- und Radiosender «entlastet»

Keine Waldschäden wegen Elektromagnetismus

Bern (spk) Zwischen Elektromagnetismus und Waldschäden besteht im Normalfall kein ursächlicher Zusammenhang: Eine von der PTT in Auftrag gegebene Studie hat ergeben, dass elektromagnetische Wellen, wie sie insbesondere von Fernseh- und Radiosendern ausgestrahlt werden, keine schädigende Wirkung auf die Belaubungs- und Benadelungsdichte sowie das Radialwachstum unterschiedlicher Baumarten haben.

Mit der Untersuchung beauftragt wurde nach PTT-Angaben die Eidg. Anstalt für das forstliche Versuchswesen (EAFV), Birmensdorf, und das holzanalytische Labor, Basel. Zwei Methoden kamen dabei zur Anwendung: einerseits die Baumkronenanalyse, die mit Infrarotluftbildern durchgeführt wurde, und die Jahrringanalyse.

Als Untersuchungsstandort ausgewählt wurde die Gegend im Umkreis von 1 bis

10 Kilometern nordöstlich des Radio- und Fernsehsenders Bantiger bei Bern, der als einer der stärksten Sender der Schweiz gilt. Vorgenommen wurden die Waldschadenerhebungen an drei ökologisch vergleichbaren Standorten, die je nach Distanz zum Sender verschiedene Feldstärken aufwiesen. Untersucht wurden sowohl Nadel- wie Laubbäume, nämlich Fichten, Tannen, Föhren sowie Buchen.

Widersprüchliche Ergebnisse

Die Studie kommt zum Schluss, dass Bäume an Standorten mit geringer Feldstärke sich weder im Kronenaspekt noch im Zuwachsverhalten von solchen an Standorten normaler Feldstärke unterscheiden. Zu widersprüchlichen Ergebnissen gelangt die Studie indes bei der Schadenklassifikation: Aufgrund der Infrarotluftbildanalyse seien Tannen stärker geschädigt als Fichten, Föhren und Buchen. Jahrringanalysen jedoch besagten, dass Föhren einen geringen, Tannen und Fichten einen mittleren und Buchen einen hohen radialen Zuwachs aufwiesen.

Fritz Schweingruber, wissenschaftlicher Adjunkt bei der Forschungsabteilung Holz der EAFV, führt die unterschiedlichen Ergebnisse auf die beiden verschiedenen angewandten Methoden zurück. Da das Resultat widersprüchlich sei, lasse sich daraus kein wissenschaftlich bedeutsamer Schluss ziehen. Offen bleibt nach Schweingruber die Frage, welchen Einfluss extrem hohe Feldstärken auf den Wald haben, und in welchem Zustand sich dieser befände, falls er überhaupt keinen elektromagnetischen Wellen ausgesetzt wäre. Auch die Auswirkungen von Radarwellen insbesondere im Umfeld von Flughäfen seien bislang noch nicht untersucht worden.

Nord-Süd-Kampagne des Europarates noch offen

Ein Komitee soll verschiedene Aktivitäten vorbereiten – Programm noch nicht bekannt

Im Mai 1988 soll in unserem Land eine «Nord-Süd-Woche» durchgeführt werden. Im Mittelpunkt dieser Veranstaltung, die von weiteren Aktivitäten begleitet sein soll, wird die Problematik der Entwicklungszusammenarbeit zwischen dem reichen Norden und dem armen Süden auf unserer Weltkugel stehen. Ein Komitee ist nach Angaben der Regierung an der Arbeit, ein Programm für die sogenannte «Nord-Süd-Kampagne» des Europarates auszuarbeiten. Ein konkretes Programm fehlt allerdings noch.

Die Regierung führte im Budget für 1988 einen Betrag von 150 000 Fr. auf, der für die verschiedenen Aktivitäten im Rahmen der vom Europarat propagierten Nord-Süd-Kampagne verwendet werden soll. Regierungschef Hans Brunhart konnte auf die Frage der FBP-Abgeordneten Emma Eigenmann bei der Budgetdebatte keine konkrete Antwort auf die vorgesehenen leichtensteins Aktivitäten geben, machte jedoch deutlich, dass die Kampagne in unserem Land eine

möglichst grosse Breitenwirkung aufweisen sollte.

Schicksalverbindung Nord-Süd

Das Schicksal der Länder des Nordens ist nach Auffassung des Nord-Süd-Komitees des Europarates eng mit der Zukunft der Länder des Südens verknüpft. Ein kompliziertes Netz von wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und ökologischen Beziehungen mache sie zu einer Schicksalsgemeinschaft, in der beide aufeinander angewiesen seien. Das Nord-Süd-Verhältnis zeichnet sich heute durch ein dramatisches Ungleichgewicht und auch durch Ungerechtigkeiten aus: In den Ländern des Nordens herrschen Überschüsse in der Handelsbilanz, die Überproduktion – vor allem in einzelnen Sektoren der Landwirtschaft – nimmt teilweise groteske Formen an, während der Süden durch die Verschuldungskrise, Nahrungsmittelknappheit, gleichzeitig aber auch verschwenderische Nutzung der Naturschätze geprägt wird. Eine Nord-Süd-Zusammenarbeit ist nach Auffassung des Europarates deswegen gleichzeitig «rationale Notwendigkeit und moralische Verpflichtung».

Ziele der Kampagne

Die vom Europarat propagierte Nord-Süd-Kampagne, die in allen 21 Mitgliedsstaaten durchgeführt wird, soll vor allem: ● den Europäern stärker bewusst machen, in welchem Masse die Beziehungen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern ihr tägliches Leben beeinflussen; ● diese Erkenntnis nutzbar machen, damit die Öffentlichkeit und ihre gewählten Vertreter politische Initiativen für echt partnerschaftliche Nord-Süd-Beziehungen unterstützen; ● Kontakte zwischen den Entscheidungsträgern aus Europa und der Dritten Welt fördern, um gemeinsame Lösungen

für die Probleme der Nord-Süd-Interdependenz zu erarbeiten.

Auf lange Sicht ist es das Ziel der Kampagne, einen wirklichen Dialog zwischen Europa und der Dritten Welt zu fördern und Europa zu helfen, eine aktivere Rolle zugunsten der Nord-Süd-Zusammenarbeit zu spielen. (G.M.)

Amnestie in Seoul

Seoul (spk/dpa) Südkoreas Regierung will noch im Januar einen Grossteil der 1160 politischen Gefangenen aus der Haft entlassen. Von der umfassenden Amnestie sollen nur «radikale Linke» ausgenommen werden, zitierte das Radio am Dienstag einen hohen Regierungsbeamten. Alle Entlassenen könnten sich dann an den für Anfang Februar vorgesehenen Parlamentswahlen beteiligen, hiess es.

Vor allem die von Kim Dae Jung geführte oppositionelle Partei für Frieden und Demokratie (PPD) hatte wiederholt die Freilassung politischer Häftlinge gefordert, aus deren Reihen sie eine Reihe von Kandidaten für die Wahl in die Nationalversammlung auswählen will.

Die Zukunft planen, ohne sie zu verbauen.

THONY office

9494 Schaan
Bahnhofstrasse 16

Waldheim-Bericht am 2. Februar

Wien (spk/dpa) Die internationale Historiker-Kommission will der österreichischen Bundesregierung am 2. Februar ihren Bericht über die Tätigkeit des österreichischen Bundespräsidenten Kurt Waldheim als Offizier der deutschen Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg vorlegen. Das sagte der Vorsitzende der Kommission, der Schweizer Militärgeschichtler Hans Rudolf Kurz, nach Berichten in den österreichischen Medien. Die aus sechs Mitgliedern bestehende internationale Kommission werde am 15. Januar in Wien noch einmal zusammentreffen, sagte Kurz.

Die ideale Verbindung: Brillanten und Perlen
Tausende Zuchtperlen und Hunderte Gold-Schliessen

DIAMANT-HAUS
Vaduz, Herrngasse 27, Tel.: 075/29090
(Telefondienst rund um die Uhr)